



NEWSLETTER PERSPEKTIVEN



30.01.2020 / Ausgabe 1

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die europäische Kommission hat in dieser Woche ihr Arbeitsprogramm für 2020 beschlossen. Mit Klimaschutz und Digitalisierung stehen zwei entscheidende Treiber des Strukturwandels im Mittelpunkt der Agenda der Kommission. Um diese zu bewältigen, hat die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen einen europäischen Green Deal angekündigt. Dieser soll sicherstellen, dass Europa bis 2050 klimaneutral wird. Dazu sollen in diesem Jahr Strategien mit konkreten Maßnahmen zum Umbau und zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft entwickelt und ratifiziert werden. Angekündigt hat die Kommission für das erste Quartal 2020 unter anderem ein europäisches Klimaschutzgesetz, eine Industriestrategie sowie Investitionsmechanismen für den gerechten Übergang.

Derzeit konzentrieren sich die Ankündigungen auf Überschriften und gehen wenig in die Tiefe. Allerdings wird es für die Gewerkschaften darauf ankommen, dass eine Verschärfung der EU-Klimaziele auch immer beschäftigungspolitisch flankiert und sozial ausgewogen umgesetzt wird. Dazu braucht es auch verstärkt Investitionen und eine verlässliche Finanzierung der Strukturwandelkosten. Ein Blick in die Vorschläge zum mehrjährigen Finanzrahmen zeigt jedoch, dass von neuem Geld nicht die Rede sein kann. Vielmehr ist geplant, die vorgesehenen sieben Milliarden Euro für den Just Transition Fund aus den Struktur- und Regionalfonds zu finanzieren – und das bei gleichzeitig vorgesehenen Kürzungen. Statt einer solchen Milchmädchenrechnung brauchen die Beschäftigten in den Regionen aber eine solide und verlässliche Finanzierung der Strukturwandelkosten. Der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 muss deshalb entsprechend des EU-Parlamentsvorschlags mindestens mit Mitteln in Höhe von 1,3 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens ausgestattet werden. Deshalb muss die Bundesregierung ihre finanzielle Verantwortung für die EU endlich ausfüllen und – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – einen höheren Beitrag zum EU-Haushalt leisten. Dazu ist es auch an der Zeit, die Einnahmebasis zum Beispiel durch eine Finanztransaktionssteuer zu verbreitern und so nicht nur mehr Stabilität in die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte zu bringen, sondern auch notwendige Gelder für öffentliche Investitionen zu gewinnen.

Ganz konkret wird die Transformation der Energieversorgung in Deutschland mit dem Kabinettsbeschluss zum Kohleausstiegsgesetz vorangetrieben. Der DGB hat begrüßt, dass die Bundesregierung damit endlich einen großen Schritt Richtung eins-zu-eins Umsetzung des Kohlekompromisses gegangen ist. Allerdings muss der Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren an mehreren Stellen deutlich nachgebessert werden. Dies betrifft unter anderem die sozialverträgliche Absicherung der Beschäftigten

im Rahmen der Steinkohleausschreibungen sowie die Ausweitung des APG auch auf dienstleistende Unternehmen, die mit dem Braunkohletagebau verflochten sind. Der Verzicht auf Entschädigungen für die Steinkohle ab 2027 birgt erhebliche rechtliche Risiken und gefährdet einen planvollen Ausstieg. Vollkommen unbeantwortet bleibt gegenwärtig die Frage, wie der Umstieg auf erneuerbare Energien beschleunigt werden kann, um das Auslaufen der Kohle möglich zu machen. Nicht zuletzt muss deshalb das im Gesetz festgeschriebene Monitoring viel stärker auf die Entwicklung des Energiesystems und eine erfolgreiche Strukturentwicklung fokussiert werden.

Diese Ausgabe der Perspektiven befasst sich zudem mit dem [Thema „Smart City zwischen Zentralisierung und Regionalisierung“](#) sowie einem Beitrag zu den [UN Nachhaltigkeitszielen](#).

Mit besten Grüßen

Frederik Moch



Warum die Bundesregierung beim Kohleausstieg nachbessern muss



DGB/Artur Nyk/123rf.com

Die Bundesregierung muss beim Kohleausstiegsgesetz deutlich nachbessern. Der Referentenentwurf weicht teils stark von den KWSB-Vorschlägen ab und sichert die Beschäftigten nicht ausreichend ab. Wichtige Aspekte sind u.a. Tarifverträge mit Bezug auf die spezifische Stilllegungsmaßnahme, der Zugang zum Anpassungsgeld und ein stärkerer Ausbau Erneuerbarer. Mehr Details in der Stellungnahme.



zur Stellungnahme



Transformation braucht Sachlichkeit und Verantwortung



DGB/Mladen Koić/123RF.com

Gemeinsame Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zur aktuellen Debatte über die Umsetzung des Kohlekompromisses durch die Bundesregierung



[zur Pressemitteilung](#)

Körzell: Bundesregierung muss Verantwortung für EU ausfüllen



DGB/kodda/123rf.com

Der DGB unterstützt die finanzielle Forderung der EU-Kommission für die Umsetzung ihres "Green Deal". "Die Bundesregierung muss ihre finanzielle Verantwortung für die EU endlich ausfüllen", sagte DGB-Vorstand Stefan Körzell dem Fernsehsender ntv. Für den notwendigen Strukturwandel benötigten die Beschäftigten in den davon betroffenen Regionen "eine solide und verlässliche Finanzierung."



[zur Webseite](#)

Smart City zwischen Zentralisierung und Regionalisierung



DGB/gongzstudio/123rf.com

Die digitale Vernetzung hat die Welt zum Dorf gemacht: Ohne Zeitverlust können Informationen auf die andere Seite der Erdkugel geschickt werden. Für den Alltag vieler Menschen weitaus wichtiger sind allerdings die Entwicklungen in ihrem direkten Umfeld. Die soziale „Smart City“ vernetzt Initiativen nachbarschaftlicher Hilfe, Bildungsanbieter oder soziale Dienste genauso wie Stadtlogistik und Einzelhandel.



[zum Beitrag](#)



Nachhaltigkeitsziele: 17 Schritte für eine bessere Welt – Sozial, gerecht, ökologisch



DGB/nito500/123RF.com

Dieses Jahr will die Bundesregierung die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gründlich überarbeiten. Die meisten der 17 Nachhaltigkeitsziele sind auch Schwerpunkte der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung.



[zum Beitrag](#)



Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:

Frederik Moch, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Telefon: (030) 24060 – 726

Telefax: (030) 24060 – 677

Internet: www.dgb.de/sid

E-Mail: sid.bvv@dgb.de

Geschäftsführender Vorstand:

Stefan Körzell